

ARBEIT

BEWEGUNG

GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN 2018/II
SIEBZEHNTER JAHRGANG MAI 2018

Bis Dezember 2015: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

**SCHWERPUNKT: ZAUBER DER THEORIE.
IDEENGESCHICHTE DER NEUEN LINKEN IN WESTDEUTSCHLAND**

Beiträge von *Monika Boll · David Bebnowski · Michael Hewener · Felix Kollritsch ·
Anina Falasca · Jana König · Robert Wolff*



METROPOL

Workshop „ArbeiterInnenbewegung, ungleiche Entwicklung und Migration in Europa“ in Berlin

Anda Nicolae-Vladu

Internationale Solidarität ist eine immer wiederkehrende Forderung der Arbeiter/innenbewegung. Über die auftretenden Widersprüche in der politischen und wissenschaftlichen Praxis westeuropäischer Akteur/innen diskutierten am 27. Oktober 2017 auf Einladung des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (ETUI), der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen (ITH) sowie des Internationalen geisteswissenschaftlichen Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive (re:work)“ in Berlin Gewerkschafter/innen, Aktivist/innen, Historiker/innen und Sozialwissenschaftler/innen.

In ihrer Begrüßung formulierten die Veranstalter/innen *Susan Zimmermann* (Budapest, ITH) und *Stefan Müller* (Bonn, AdsD) die Grundfrage des Tages: Wie verhalten sich Gewerkschaften und wissenschaftliche Forschung zu ungleicher Entwicklung und Migration? Ziel war es insbesondere zu diskutieren, wie sich die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen von Migrant/innen nach oben in die Praxis umsetzen lässt und was Gewerkschaften konkret dafür tun können.

In seinem Einführungsvortrag schätzte *Wolfgang Kowalsky* (Brüssel, Europäischer Gewerkschaftsbund) Migration als Problem für die nationalen Arbeitsmärkte ein. Migration bedeute stets Lohndruck, und der wiederum schwäche die Gewerkschaften. Diese selbst seien zwar nicht gegen Migration, sie suchten jedoch nach einem gangbaren Weg, etwa durch eine europäisierte Asylpolitik und einen verbesserten Mechanismus der Zuteilung, die rasche Integration der Migrant/innen in den Arbeitsmarkt, die Vermeidung von „Ghettobildung“ sowie die gewerkschaftliche Organisierung dieser Arbeitskräfte.

Im Zuge seiner globalgeschichtlichen Skizze von Migrationssystemen beschrieb der Historiker *Dirk Hoerder* (Wien) hingegen Migration nicht als problematische Ausnahme, sondern als historischen Normalfall. Er plädierte zum einen für

ein Recht auf Arbeit in den Herkunftsstaaten, zum anderen für einen humanitären inklusiven Umgang mit Migrant/innen in den Zielländern. Bedenklich war dabei, dass Hoerder in Bezug auf das transatlantische Migrationssystem im 19. Jahrhundert von planenden, freien, gut informierten Migrant/innen und einer selbst regulierten Migration sprach, wohingegen er die heutige Migration (insbesondere aus Afrika nach Westeuropa) als schlecht informiert und einer Täuschung unterliegend betrachtete. Diese Sichtweise rekurriert auf stereotype Bilder, in denen Europäer/innen als rational handelnd, planvoll und selbstbestimmt konstruiert werden, während Afrikaner/innen in Gegenzug dazu als naiv und spontan imaginiert werden.

Konträr zu den Thesen Kowalskys stellte *Simon Goeke* (Stadtmuseum München) am Fallbeispiel der Migration der 1960er-/70er-Jahre fest, dass die damals ankommenden Migrant/innen nicht von den Gewerkschaften organisiert werden mussten, sondern es sich im Gegenteil bei ihnen oft um hochpolitische Aktivist/innen handelte. Sie artikulierten sich mit vielfältigen Protestformen und kämpften für ihre Rechte, organisierten selbst Streiks oder beteiligten sich an gewerkschaftlich geführten Arbeitskämpfen. Auch die Ein- und Ausreise der Migrant/innen sieht Goeke angesichts der restriktiven Zuwanderungspolitik als einen Akt des Widerstands an. Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Befürchtungen habe die Migration in der Anfangsphase der BRD nicht zu Arbeitslosigkeit unter deutschen Arbeiter/innen geführt. Daher stellte die Migration der 1960er/70er-Jahre laut Goeke kein Problem dar, sondern vielmehr eine Chance für gewerkschaftliche Organisation und Kampfkraft. Auch wenn gewerkschaftliche Positionen in Bezug auf Migration oftmals fortschrittlich seien, kritisierte Goeke, dass sie migrantische Widerstandsformen nicht als Potenzial erkannt hätten, sondern vielmehr als Bedrohung ansahen. Die von Gewerkschaften in der Vergangenheit geforderten Mobilitätsbeschränkungen würden ihre Kampfkraft jedoch nicht stärken, sondern schwächen. Daher forderte Goeke, dass die Gewerkschaften sich bezüglich der Migrationspolitik klar positionieren müssten, denn auch Grenzregime seien als Teil der Arbeitsmarktpolitik und somit als gewerkschaftliches Betätigungsfeld anzusehen. In der anschließenden Diskussion wurde das Entstehen eines Lohndrucks durch Migration infrage gestellt, da es hierfür an systematischen Untersuchungen fehle. Es wurde stattdessen festgestellt, dass in Einzelfällen durch migrantische Kämpfe bestehende Löhne sogar erhöht werden konnten. Von den anwesenden Gewerkschafter/innen wurde Migration zudem durchaus als Chance bewertet und der Wunsch geäußert, Migrant/innen stärker als bisher in die Organisationen einzubinden: So gebe es zwar viele migrantische Aktive

in den Betriebsräten, in den Bundesvorständen seien Migrant/innen jedoch bisher kaum vertreten. Andere Teilnehmer/innen kritisierten, dass Gewerkschaften Migration heute zwar nicht mehr ablehnten, sich jedoch auch nicht aktiv in diesem Feld engagierten. Es fehle vielfach die Perspektive für einen gemeinsamen Kampf. Die Strategie der Gewerkschaften etwa, Migrant/innen durch Integration in den Arbeitsmarkt in Arbeiter/innen mit sozialen Ansprüchen zu verwandeln, sei in Zeiten von Prekarisierung und Leiharbeit zu überdenken, so *Peter Birke* (Universität Göttingen) in seinem Kommentar.

Lisa Riedner (Universität Göttingen) plädierte dafür, Migrant/innen als handelnde Subjekte in einem gemeinsamen Kampf wahrzunehmen. Sie berichtete von selbstorganisierten migrantischen Gruppen wie der „Oficina precaria Berlin“, „Grupo de Acción Sindical“ oder den „Berlin Migrant Strikers“, die Beratungs- und Unterstützungsangebote geschaffen haben. Als eine weitere wichtige Form der Organisierung von Migrant/innen sieht Riedner die unsichtbare Selbstorganisation des Alltags an, also die Organisierung in kleinen Gruppen/Netzwerken, innerhalb derer gegenseitige Solidarität praktiziert wird, sei es durch finanzielle Unterstützung, Hilfe bei der Wohnungssuche, Informationsweitergabe oder gemeinsames Einfordern unbezahlter Löhne. Zudem nannte sie solidarische Initiativen wie das „Workers’ Center München“ oder das DGB-Projekt „Faire Mobilität“, die ebenfalls beraten, unterstützen und politische Kampagnen organisieren. Als Instrument der Migrationsbeschränkung speziell für EU-Bürger/innen machte Riedner die deutsche Sozialpolitik aus: In der Annahme, dass Migration den Sozialstaat bedrohe, hungerten Sozialbehörden EU-Migrant/innen regelrecht aus. Auch deshalb seien Sozial-, Migrations- und Arbeitsmarktpolitik eng miteinander verschränkt. Gewerkschaften, so Riedner, könnten sich engagieren, indem sie auf Migrant/innen zuzingen, von deren Organisierungsversuchen lernten und sich gegen den Ausschluss von als nicht produktiv geltenden Migrant/innen stark machten.

Sabine Hess (Universität Göttingen) arbeitete die Perspektive der Migrant/innen ohne EU-Staatsbürgerschaft heraus. In Abgrenzung zur Trennung von Menschen in Migrant/innen und Geflüchtete führte sie den Begriff „Fluchtmigrant/innen“ ein, um zu verdeutlichen, dass deren Lebenspraxis uneindeutiger ist, als es die üblichen Kategorisierungen in Politik und Wissenschaft denkbar machen. So können etwa Geflüchtete aus Syrien gleichzeitig auch Geschäftsleute sein, die vor dem Bürgerkrieg ein Visum bekommen hätten. Weiterhin beschrieb Hess die Grenze als ein Gefüge verschieden gelagerten Tuns diverser Akteur/innen, die täglich neu gemacht/gedacht wird und innerhalb derer

auch Fluchtmigrant/innen handlungsmächtig seien („doing border“). Sie kritisierte dabei die deutsche Migrationsforschung, die einen nationalen Fokus auf das Thema einnehme und Migration hauptsächlich als Problem untersuche. Die Ereignisse des Sommers 2015 beschrieb sie hingegen als Chance – im Sinne des Aufscheinens der Kontingenz globaler Herrschaftsverhältnisse –, da es Hunderttausende Fluchtmigrant/innen trotz mehrstufiger Grenzanlagen, militärischer und bürokratischer Migrationsbeschränkungen geschafft haben, nach Nordeuropa zu gelangen. Der Unterschied zu den Vorjahren bestehe darin, dass der kollektive undokumentierte Grenzübertritt bislang vielfach im Verborgenen praktiziert, 2015 aber zum sichtbaren Akt der Mobilität und des Protests geworden sei. Fluchtmigrant/innen hätten auf diese Weise Grenzen verschoben und porös gemacht. Bis heute komme es jedoch zu weitgehend unwidersprochenen Entrechtungs- und Kriminalisierungsprozessen, die dazu führten, dass allein 2016 mindestens 4600 Menschen im Mittelmeer ertranken. Es sei zudem zu einer Ausweitung des Lagersystems in ganz Südosteuropa und zur Einrichtung inner-europäischer Pufferzonen gekommen, die – wie einige griechische Inseln – als exterritoriale Räume fungierten. Auch Gewerkschaften und Wissenschaft seien am Prozess des „doing border“ beteiligt, schon allein durch die Entscheidung, zu intervenieren oder nicht. So könnten Gewerkschaften sich beispielsweise innerhalb der EU vernetzen und Fluchtmigrant/innen unterstützen oder sich bezüglich der Gesetzgebung zur Familienzusammenführung positionieren. Hess sieht es als Fehler an zu denken, dass eine faire Migrationspolitik möglich sei, weil dabei immer eine Selektion stattfinde und Menschen aufgrund ihrer Nützlichkeit bewertet, ausgeschlossen oder eben inkludiert würden. Als aktuell größte Herausforderung stellte sie dementsprechend heraus, postnationale Lösungen des Sozialen zu entwickeln.

Mehrere Gewerkschafter/innen formulierten im Anschluss Bedenken bezüglich einer zu positiven Bezugnahme auf Migration. Sie befürchteten eine starke Zunahme von Rassismus unter der Bevölkerung im Allgemeinen und unter Gewerkschaftsmitgliedern im Speziellen. Sie berichteten zudem, dass viele Funktionär/innen 2015 an die Grenze zu Österreich gefahren seien, um praktische Solidaritätsarbeit zu leisten. Dafür seien sie von anderen Mitgliedern heftig kritisiert worden, da sie sich nicht ihrer „eigentlichen“ Aufgabe – der Tarifpolitik – widmen würden. Kowalsky war bereits in seinem Einführungsvortrag darauf eingegangen, dass Migration durch „rechtsextreme und nationalistische“ Bewegungen instrumentalisiert werde und die AfD unter Gewerkschaftsmitgliedern zur drittstärksten Kraft geworden sei. Zwar sei Rassismus seit dem

Kolonialismus in der deutschen Gesellschaft virulent. Dennoch mache es keinen Sinn, alle AfD-Wähler/innen als „Nazis“ zu beschimpfen. Die Bevölkerung müsse vielmehr für eine „akzeptable Migration“ gewonnen werden.

Auch *Bela Galgoczi* (Brüssel, ETUI) mahnte, die „legitimen Sorgen“ der Arbeitnehmer/innen ernst zu nehmen. Er beschrieb in seinem Vortrag drei parallel laufende „Migrationsströme“ (Migration von EU-Bürger/innen, die „Flüchtlingsschleife von Asylsuchenden“ und „Wirtschaftsmigration“), die eine Zunahme von Verteilungskonflikten, Populismus und Xenophobie zur Folge hätten. Dabei seien auch Gewerkschaftsmitglieder empfänglich für rechte Ideologien, die vollständige Öffnung der Arbeitsmärkte daher ein politisch hochsensibles Thema. Dass Migration zu stark sein könne, betonte auch *Michael Dauderstädt* (Bonn). Er skizzierte dies entlang „enormer“ Einkommensunterschiede innerhalb der EU: Während die Mindestlöhne in Rumänien und Bulgarien bei etwa einem Euro pro Stunde lägen, erhielten Arbeitnehmer/innen in den Benelux-Ländern und Frankreich zwischen neun und zehn Euro. Diese innerstaatliche Ungleichheit habe in den letzten Jahren tendenziell zugenommen. Global potenziere sich das Problem: „Wenn alle dort leben wollten, wo das Einkommen höher ist, dann haben wir es mit dramatischen Folgen zu tun“, so Dauderstädt. Im Kommentar merkte *Dominique John* (Berlin, Projektleiter „Faire Mobilität“) kritisch an, dass Migration nicht nur als Problem, sondern auch als Entwicklungspotenzial beschrieben werden könne. Es gebe verschiedene Gründe zu migrieren, Lohnunterschiede stellten nur einen Faktor unter vielen dar. In der Diskussion wurde darüber hinaus gefordert, dass die Gewerkschaften sich für die Verbesserung von Lebensbedingungen in anderen Ländern einsetzen müssten, allerdings nicht aus der Motivation heraus, Migration zu verhindern, sondern Menschen Entscheidungsfreiheit zu ermöglichen. Müller merkte zudem an, dass der große Zuspruch der AfD nicht auf sozialen Protest gegen die eigene Verelendung reduziert werden könne. Er basiere nicht unwesentlich auf Wähler/innengruppen, die wohl-situierter seien und ein konservatives Gesellschaftsbild vertreten. Dass Migration automatisch Ängste auslöse, sei zu überdenken.

In der Abschlussdiskussion machte Zimmermann trotz der Kontroversen eine gemeinsame Forderung aus: Alle seien sich einig, gleiche Rechte für migrantische und nicht-migrantische Arbeitskräfte zu fordern – und zwar möglichst gute und möglichst überall. Strittig sei jedoch, wer sich dafür in welcher Form einsetzen solle. Der Ansatz der Autonomie der Migration, der jegliche Art von zurückdrängender Regulierung in der Migrationspolitik kritisiere, lasse sich beispielsweise nicht oder nur sehr schwer mit gegenwärtigen gewerkschaftlichen

Positionen vereinbaren. Hess verwies darauf, dass es eine pragmatische und eine analytische Ebene geben müsse. So könnten pragmatische Forderungen nach humanitären Visa gestellt werden, gleichzeitig sei Migrationsregulation auf der analytischen Ebene zu kritisieren. Müller machte zudem auf die Divergenzen und Konflikte zwischen selbstorganisierten Migrant/innen und institutionalisierten Interessenvertretungen sowie deren Umgang mit illegalisierter bzw. undokumentierter Arbeit aufmerksam. Problematisiert wurde auch, dass es innerhalb der Gewerkschaften rassistische Bilder gebe, die dazu führten, dass migrantische Arbeiter/innen und nicht-deutsche Gewerkschaften nicht als gleichberechtigte Partner/innen angesehen, ihnen stattdessen stereotype Eigenschaften zugeschrieben würden.

Der Workshop ist aus der Motivation heraus entstanden, historische Geschichtswissenschaft mit politischem Engagement zu verknüpfen; ein Anliegen, das die ITH seit ihrer Gründung verfolgt. Anhand der formulierten Grundfragen eröffneten sich während des Workshops Kontroversen, die wohl auch zukünftig relevant bleiben werden. Trotz der unterschiedlichen Perspektiven wurde zum Abschluss von vielen Teilnehmer/innen der Wunsch formuliert, dass institutionalisierte gewerkschaftliche Interessenvertretungen und (teils informelle) selbstorganisierte migrantische Strukturen zusammenkommen sollten, möglichst auch transnational. Formate wie der Berliner Workshop können in diesem Prozess auch künftig eine wichtige Korrektiv-Rolle spielen.